Heldendämmerung

Zur Rolle von Max Traeger – Replik auf den Artikel von Hans-Peter de Lorent in der hlz 12/2017, S. 54ff

In der letzten hlz (12/2017) hat Hans-Peter de Lorent nicht nur seine Sicht von Max Traeger verteidigt und wiederholt, er hat gegenüber seinen Kritikern auch nicht an Verbalinjurien gespart. Wir zwei Angefeindeten antworten auf den Vorwurf, wir hätten uns „erniedrigt."

DIE VERFASSER

Wir hätten Hans-Peter de Lorent die CD von Tina Turner „We Don´t Need Another Hero!" schenken sollen – vor der Veröffentlichung seiner Traeger-Biografie. Denn Musik – so Prof. Dr. Stefan Koelsch von der FU Berlin – kann Stimmungen grundlegend verändern. Tina Turner hätte ihn vielleicht überzeugen können: Wir brauchen nicht noch einen Helden! So wäre es möglicherweise nicht dazu gekommen, dass ein gewerkschaftseigener Held geschaffen bzw. aufpoliert und seine Verehrung eingefordert wird. Stattdessen wäre die glorifizierende Formulierung aus der Satzung der wissenschaftlichen Stiftung der GEW, Max Traeger sei „verantwortlicher Sprecher und Vorbild der deutschen Lehrerschaft", gestrichen worden. Vor allem aber wäre es Hans-Peter de Lorent erspart geblieben, „Eine üble Verdrehung" über seine Widerstreiter zu schreiben.

Ein Held ist laut Duden eine Person, die sich mit Unerschrockenheit und Mut einer schweren Aufgabe stellt und ungewöhnliche Taten vollbringt, die ihm Bewunderung eintragen. Davon möchte Hans-Peter de Lorent im Fall Max Traeger gerne berichten. Denn Traeger hätte „*seine Abneigung gegenüber dem braunen Gedankengut und den nationalsozialistischen Bestrebungen*" deutlich gezeigt. De Lorent macht ihn plakativ zu einem „*eindeutigen*", „*ausgewiesenen*" und „*vehementen*" Gegner des NS-Regimes – „*an vorderer Stelle*". Er hätte mit den Nazis nicht gemeinsame Sache gemacht. Er wäre beim frühen Übertritt der „Gesellschaft der Freunde", der Vorgängerorganisation der GEW Hamburg, in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) als „Retter" der Kassen aufgetreten, was im Übrigen nur hieß, dass die Werte der „Gesellschaft der Freunde" nicht an die Zentrale des NSLB in Bayreuth gingen, sondern in Hamburg blieben, und zwar beim dortigen NSLB. „*…man muss Traeger dankbar sein dafür, …dass er das gemacht hat*." Muss man?

Fotos: media.offenes-archiv.de/fuhlsbuettel1gleichschaltung

Der neue Senat vom 8.3.1933 – Max Traeger gehörte dieser Koalition als Abgeordneter an

Statt Dankbarkeit hagelte es Kritik. Die mochte de Lorent nicht annehmen. Wer ihm widerspricht, wird – wie die Frankfurter Professoren Ortmeyer und Brumlik – mit Schmähungen überzogen. De Lorent findet auch keine Antworten auf kritische Anmerkungen der „*Hamburger Anti-Geschichtsrevisionisten*", wie er uns nennt. Beschmutzen wir das von ihm geschaffene Denkmal, wenn wir Fragen stellen? Z.B.: Kann Max Traeger als „linksliberal" eingeordnet werden? Oder: Wie verträgt sich die behauptete NS-Gegnerschaft Max Traegers mit dessen Mitwirkung an der NS-geführten Hamburger Koalition 1933? Oder: Warum folgte er nicht dem liberalen Bürgermeister Petersen und legte ebenfalls sein Bürgerschaftsmandat nieder

statt mit der NSDAP gemeinsame Sache zu machen?

Oder: Warum blieb Max Traeger bis zur Auflösung der Bürgerschaft durch die Nazis im November 1933 Abgeordneter, obwohl seine Partei längst verboten und die demokratischen Befugnisse des Parlaments längst ausradiert waren? Oder: Wie ist die Annahme de Lorents, Max Traeger wäre als unliebsamer Abgeordneter von den Nazis verfolgt worden, in Übereinstimmung damit zu bringen, dass die Nazis in der von ihnen beherrschten Bürgerschaft am 31. Mai 1933 als einzigen der verbliebenen bürgerlichen Abgeordneten Max Traeger in die Landesunterrichtsbehörde gewählt haben? Oder auch: Warum war das Verhalten Max Traegers bei der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde" – wie de Lorent behauptet - alternativlos? Wie ist hier Traegers Parteifreundin aus der Deutschen Staatspartei, Emmy Beckmann, einzuordnen, die als Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverbands die Gleichschaltung ihres Verbandes verweigerte und das Vermögen des ADLV nicht dem NSLB überließ. Wir stellten Fragen nach Traegers Alltagsverhalten 1933 bis 1940 in der Schule Wrangelstraße, die der oppositionelle Lehrer Dietrich Rothenberg als „richtige Nazi-Schule" bezeichnete. Das war zu viel für de Lorent. Diese Frage durfte man nicht an seinen Helden richten, es sei denn, man wollte als Fragesteller seinen niedrigen Charakter zur Schau stellen. *„Und Romey und Nette erniedrigen sich, in der letzten HLZ dazu die Frage zu stellen…"*.

De Lorent korrigiert keinen seiner Fehler, obwohl er sich selbst bzw. seinen eigenen Veröffentlichungen widerspricht. Er behauptet bspw. unverdrossen weiter, Max Traeger wäre bei den privaten Zusammenkünften ehemaliger Vorstandsmitglieder der „Gesellschaft der Freunde", die de Lorent in Anlehnung an Kurt Zeidlers Anekdotensammlung hochtrabend „Untergrundvorstand" nennt, von 1933 bis 1945 immer dabei gewesen. Der von de Lorent interviewte Hermann Lange sagte hingegen: *„Da saßen wir dann zusammen…zu meiner Zeit (*bis 1939, dann wurde Lange zur Wehrmacht eingezogen, A.d.V.*) immer ohne Traeger"* (Täterprofile Bd. 2, S.816). Auch seine Falschdarstellung des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten der Staatspartei bei der Wahl des NS-geführten Senats 1933 korrigiert de Lorent nicht.

Stattdessen vernebelt er die Sachlage. Er sei einer »großen Sache« auf die Spur gekommen: *„Ich glaube es geht dabei immer noch darum, die Ro19-Geschichte weiter zu schreiben. Das war nämlich der Anknüpfungspunkt für Ortmeyer und Müller, Max Traeger in die Nazi-Ecke zu stellen."* De Lorent meint das Buch „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945". Mit diesem Buch *„eilte"* - so de Lorent - Prof. Benjamin Ortmeyer uns zu Hilfe. Die Eile war nicht groß, Ortmeyers und Müllers Buch erschien fast 20 Jahre nach Beginn der Debatte um den Besitz der ehemals jüdischen Villa Rothenbaumchaussee 19 (Ro 19).

Wie eine Litanei trägt de Lorent seine Positionen zu Max Traegers *„konspirativer"* Tätigkeit im NS-Staat vor: Er hätte sich *„ausnahmslos"* mit Nazigegnern in einem *„Untergrundvorstand"* getroffen. Damit suggeriert er, es hätte im Kreise der ehemaligen Vorstandsmitglieder der „Gesellschaft der Freunde" eine Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus gegeben. Er reflektiert abermals nicht, dass die als Teilnehmer genannten Herbert Wiencken, Hermann Lange, Albert Herzer, Friedrich Wilhelm Licht und Gustav Küchler sich in den NS-geführten neuen Vorstand auf der Gleichschaltungsversammlung der „Gesellschaft der Freunde" mit dem NSLB am 27.4.1933 hatten wählen lassen. Aber für de Lorent sind sie *„ausnahmslos"* NS-Gegner. De Lorent bedauert an anderer Stelle, dass er Hermann Lange nicht zu dessen Beitritt in die NSDAP 1937 persönlich befragen konnte, weil dieser das im Gespräch mit ihm verschwiegen hatte (Täterprofile, Band 2, S.821).

Es stimmt also seine Behauptung nicht, dass die Mitglieder des sogenannten *„Untergrundvorstandes"* *„niemals"* in die NSDAP eingetreten waren. De Lorent weiß aber eine Erklärung für seine widersprüchliche Darstellung, die zumindest ihn zufriedenstellt: *„Es ist unzwei-*

Zur Erinnerung: Wir hatten uns seinerzeit dafür eingesetzt, dass die Stadt Hamburg Ro 19 unter der Maßgabe von der GEW kauft, dort ein Jüdisches Museum einzurichten. Wir wurden von der GEW beauftragt, dieses in Gesprächen mit den zuständigen Stellen und den Vertretern des Senats zu erörtern. Der Ausgang ist bekannt. Wir waren erfolgreich. Bürgermeister Ole von Beust (CDU) gab seine Zustimmung. Es hätte in Hamburg ein Jüdisches Museum mit Unterstützung der GEW geben können. Der Hamburger GEW-Vorstand stand aber nicht mehr zu seinem Angebot. Der damalige Vorsitzende Klaus Bullan wurde im Hamburger Abendblatt dazu zitiert: „Wir sind gegenwärtig auf die Mieteinnahmen angewiesen." 2013 wurde Ro 19 dann an die chassidische Organisation Chabad Lubawitsch für 2,5 Millionen Euro verkauft, davon spendete die GEW 400.000 € an die Jüdische Gemeinde. Ein Jüdisches Museum gibt es in Hamburg bis heute nicht.

felhaft und auch aus anderen Fällen bekannt, dass gefährdete Kolleginnen und Kollegen aus ‚Schutz- und Tarnungsgründen' 1937 in die NSDAP eingetreten waren." Freilich geht auch hier de Lorent mit historischen Fakten willkürlich um. Die Nazis verhängten im Mai 1933 eine allgemeine Mitgliedssperre, die – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bis 1937 andauerte. Wer also 1937 der NSDAP beitrat, war ein sog. 37er Pg., hatte in der Regel schon seit langem seinen Aufnahmeantrag gestellt. Erst nach Aufhebung der Sperre wurden alle bisherigen Antragssteller gemeinsam in die NSDAP aufgenommen, und dafür wurde der 1. Mai 1937 als einheitliches Aufnahmedatum festgelegt.

Nicht auf der Vermutungsebene, sondern jetzt eindeutig auf der Ebene der Falschaussage bewegt de Lorent sich, wenn er behauptet, die Angabe des 1.5.1933 als Traegers Eintrittsdatum in den NSLB sei „*eindeutig falsch*": „*Das stimmt definitiv nicht*". Ein Besuch im Staatsarchiv hätte ihm geholfen, Fakten zu akzeptieren. Falls er nicht selbst suchen will, stellen wir ihm gerne Kopien des Fragebogens zur Verfügung, den Max Traeger für die Military Government of Germany am 9. Juni 1945 persönlich unterschrieb. Max Traeger gab selbst an, ab 1.5.1933 Mitglied des NSLB gewesen zu sein.

An einer anderen Stelle mussten wir dann doch über de Lorent schmunzeln: „*Ich habe die Wiedergutmachungsanträge von den Mitgliedern der jüdischen Erbengemeinschaft im Staatsarchiv gefunden und Bernhard Nette und Stefan Romey angeboten, Kopien davon zu übergeben*." Als er dieses hochherzige Angebot machte und von uns hörte, dass wir diese Dokumente kennen würden, antwortete er nicht. Es war für ihn ein erneuter Anlass, uns zu diskreditieren: „*Ich frage mich, warum sie deren Existenz und Inhalt in der langjährigen Diskussion in der GEW…nicht ein einziges Mal erwähnt haben*."

Dabei können wir ihn beruhigen. Wir nutzten diese Unterlagen für das Historische Symposium der GEW im Jahre 2008, an dem er selbst beteiligt war und gaben sie umfänglich in unserem Ro-19 Buch wieder.

Und: Wir stellten bereits 2007 Hans-Peter de Lorent die jetzt von ihm „*gefundenen Akten*" auf dessen Wunsch hin vollständig zur Verfügung. De Lorent bedankte sich schriftlich am 10.10.2007 mit einem fröhlichen: „*Hallo Bernhard, ich danke dir für deine Infos*".

Mag es noch jemand hören? De Lorent behauptet zum wiederholten Male, die „Gesellschaft der Freunde" (GdF) hätte bis 1937 in Form der „Abteilung Wirtschaft und Recht" im NSLB fortbestanden. Dafür hätte „*Max Traeger einen wesentlichen Beitrag geleistet im Interesse der alten ‚Gesellschaft der Freunde' und nicht des NSLB, wie von Ortmeyer und seinen Hamburger ‚Anti-Geschichtsrevisionisten' immer wieder faktenwidrig behauptet wird*." Damit soll die Aneignung der jüdischen Villa Ro 19 nach 1945 durch die GEW im Rahmen der »Rückerstattung«, an der Max Traeger maßgeblich beteiligt war, gerechtfertigt werden. 1935 hätte es keine »Arisierung« gegeben, die „Gesellschaft der Freunde" in Gestalt der „Abteilung Wirtschaft und Recht im NSLB" hätte Ro 19 ganz legal erworben und mit „ihrem" Geld bezahlt.

De Lorent berücksichtigt die Forschung zu diesem Thema wieder einmal nicht. Zuletzt hat Marc-Simon Lengowski im Rahmen einer umfangreichen Studie 2017 festgestellt („Herrenlos und heiß begehrt. Der Umgang mit dem Vermögen der NSDAP und des Deutschen Reiches in Hamburg nach 1945"): „*Dass die Abteilung Wirtschaft und Recht formal als rechtlich eigenständiger Verein konstruiert war, machte sie schließlich nicht unabhängig vom übergeordneten NSLB.*" Wie zuvor Knud Andresen von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte betont auch Lengowski, dass die Fiktion einer selbständigen gewerkschaftlichen Vermögensverwaltung in Gestalt der „Abteilung Wirtschaft und Recht im NSLB" in der NS-Zeit „*mehr den Bedürfnissen des GEW-Vorstands (diente), als dass sie Anspruch auf historische Korrektheit erheben durfte*."

Offensichtlich verfügt de Lorent über alternative Fakten. Es sei durch das Fortleben der „Gesellschaft der Freunde" als „Abteilung Wirtschaft und Recht im NSLB" verhindert worden, dass „*das Curio-Haus und die für die Lehrerschaft so wichtigen sozialen Kassen nicht der alleinigen Verfügungsgewalt der NSLB-Führung*" überlassen worden wären.

Schauen wir doch einmal auf die tatsächlichen Fakten zur „Verfügungsgewalt" in der „Abteilung Wirtschaft und Recht im NSLB":

> ***NS-Lehrerbund, Gau Hamburg Abteilung Wirtschaft und Recht*** Gauhauptstellenleiter Pg. Kurt Holm, Stellvertreter: Pg. Dr. Karl Züge. 1. Unterstützungen und Beihilfen: Pg. Dr. Karl Züge. 2. Umschuldung und Darlehen: Pg. Peter Jacobsgaard. 3. Haftpflicht u. Rechtschutz: Pg. Friedrich Manow. 4. Schul- und Besoldungsrecht: Pg. Kurt Holm. 5. Wirtschafts- und Versicherungsfragen: Pg. Kurt Holm."

Wer meint, dass diese Parteigenossen (Pg.) die „Gesellschaft der Freunde" innerhalb des NSLB als demokratisch-gewerkschaftliche Institution bewahrten und somit die alleinige Verfügungsgewalt der NSLB-Führung verhinderten, mag de Lorents Meinung teilen.

Früher argumentierte Hans-

FSK-Streitgespräch

Ein Streitgespräch zwischen Nette/Romey und de Lorent gibt es im Internet unter: https://www.freie-radios.net/86972

Peter de Lorent anders. Das Zustandekommen des fast einstimmigen Beschlusses der Gleichschaltungsversammlung der „Gesellschaft der Freunde“ am 27. April 1933 nannte er noch 2008 „*verhältnismäßig geräuschlos und geschmeidig*“ und konstatierte „*mangelnde Zivilcourage*“ bei den Verantwortlichen der Lehrergewerkschaft. Heute dagegen findet Hans-Peter de Lorent, müsse die GEW Max Traeger dafür „*dankbar sein*“. Nach der Vorstellung seiner Traeger-Biografie erklärte er uns lächelnd: „*Ich habe dazugelernt*“.

BERNHARD NETTE
STEFAN ROMEY

VERBANDSGESCHICHTE 2

Suggestion statt Information

Zum Streit um die Geschichte der GEW und deren langjährigen Vorsitzenden Max Traeger

In Zeiten, in denen politische Reaktionäre und Figuren wie die Gaulands und Höckes verkünden, man müsse die kritische Erinnerungskultur in Deutschland aus dem öffentlichen Bewusstsein tilgen, könnte dem aktuellen Streit um die historische Rolle des langjährigen GEW-Vorsitzenden Max Traeger vor und nach 1945 eine gute Seite abgewonnen werden. Er beweist, dass wir uns in unserer Gewerkschaft um ein Verschweigen irgendwelcher (selbst nur imaginierter) Untaten in und nach der NS-Zeit oder eine politische Passivität der Mitglieder keine Sorgen machen müssen.

Allerdings ist ärgerlich, wie dreist in unserer Organisation Fehlinformationen (nicht nur über die Person des GEW-Vorsitzenden M. Traeger) als Wahrheiten präsentiert werden. Mir fallen Fehler und Verdrehungen in den Publikationen umgehend auf, da ich u.a. als Mitbegründer des Schulmuseums und des Vereins zur Erforschung der Hamburger Schulgeschichte sowie als Mitarbeiter an der Jubiläumsschrift „175 Jahre Gesellschaft der Freunde“ viele Akten und Veröffentlichungen zur Geschichte der GEW kenne. Deshalb konnte ich in der HLZ 12/1916 und 1-2/2017 dokumentarisch belegen, wie die Kollegen B. Ortmeyer, B. Nette u.a. Falschmeldungen über vermeintliche Klagen von Opfern eines angeblich beispielhaften Verbrechens, einer erwiesenen verbrecherischen „Arisierung“ in Hamburg verbreiteten. In einem neuen HLZ-Artikel „Max Traeger - kein Vorbild“ (HLZ 11/2017) fielen mir wiederum Unstimmigkeiten und Verdrehungen auf, deshalb entstand der vorliegende Text.

DER VERFASSER

Dokumentarisch belegte, konkrete, d.h. verifizierbare bzw. falsifizierbare Vorwürfe gegen den früheren Vorsitzenden der „Gesellschaft der Freunde“ und dann die GEW bringen die Kritiker diesmal kaum vor. Sie zielen darauf, ihn und sein Umfeld irgendwie in ‚die rechte Ecke‘ zu schieben. Selbst das Fazit des HLZ-Artikels über „Max Traeger“ bleibt auf diesem Niveau, wenn es dort heißt, jener habe *„nicht opponiert“*, sondern *„sich immer tiefer in den Sumpf der … Zusammenarbeit mit einer verbrecherischen Organisation begeben*“.

Dem stehen Aussagen von Weggefährten Max Traegers und von Zeitzeugen gegenüber, die diesem ausnahmslos eine antinazistische Gesinnung, Beteiligung an einer Widerstandsgruppe und große Verdienste bei Wiederaufbau und Leitung eindeutig demokratischer Lehrerorganisationen bescheinigen. Die Kritiker Traegers wischen solche, ihren Pauschalvorwürfen diametral entgegenstehende Zeugnisse etwa als unkritische *„belletristische Schrift“ „ohne quellenkritischen Abgleich“* sowie als *„Lob- und Trauerreden enger Kollegen und Freunde … auf extrem niedrigem Niveau von der Beweiskraft von Beurteilungen durch Familienangehörige“* vom Tisch. Abgesehen davon, dass auch Aussagen von „Familienangehörigen“ Beweiskraft haben können, lässt sich der eingeforderte Abgleich liefern.

Der Nachfolger Max Traegers im Amt des Hamburger GEW-Vorsitzenden, Hermann Lange, schrieb 1980 in dem Band „175 Jahre Gesellschaft der Freunde“ z. B. über das Wirken des Untergrundvorstandes der „Gesellschaft“ und M. Traegers vor und nach der Kapitulation 1945:

„Diese wenigen, angeführt von den früheren Vereinsproponenten Traeger und Niebank aus den zwanziger Jahren und Richard Ballerstaedt, Herzer und Wiencken, wurden sofort bei der englischen Besatzungsmacht